



### Presseschau vom 28.11.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

#### wpered.su: **Stanislaw Retinskij: Hinter der Blockade Kubas und des Donbass steht der Imperialismus der USA**

Beim 18. gesamteuropäischen Treffen zur Kuba-Solidarität, das derzeit in Slowenien stattfindet, sprach der Sekretär des ZK der KP der DVR Stanislaw Retinskij. Während seiner Rede zog er Parallelen zwischen der Blockade Kubas und des Donbass, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

„Die Freundschaftsgesellschaft „Donbass – Kuba“ wurde von Donezker Kommunisten fast sofort nach der Gründung der Kommunistischen Partei der DVR gegründet. So wollten wir unsere Solidarität mit Kuba erklären, das sich seit fast 60 Jahren unter einer Blockade befindet. Seit mehr als vier Jahren befindet sich auch der Donbass durch die Schuld Kiews unter Bedingungen einer Wirtschaftsblockade. Aber wie schwer der Donbass es auch haben mag, er wird immer Solidarität mit den zeigen, die für ihre Selbstbestimmung kämpfen. Nicht zufällig erklären die Organisatoren des Treffens, dass die Verteidigung Kubas auch die Verteidigung des Rechts anderer Völker, die für ihre Selbstbestimmung kämpfen, bedeutet. Die Solidarität mit Kuba als wichtige Hoffnung auf eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft ist eine der vorrangigen Arbeitsgebiete der Donezker Kommunisten. Wir haben Mittel für die vom Hurrikan Irma betroffenen Kubaner gesammelt, weil wir uns erinnern, wie Kuba half die Kinder der Tschernobylers zu behandeln. Außerdem nehmen wir an internationalen Aktionen teil, unter anderem an „Todos somos Fidel“, arbeiten mit den

Botschaften Kubas, Venezuelas und Nicaraguas in Russland zusammen, vereinen unter der Leitung der Partei sowjetische internationalistische Kämpfer, die auf Kuba dienten, sowie Kämpfer aus Lateinamerika, die im Donbass dienen.

Unsere Partei hält den ideologischen Kampf gegen die antikubanische Kampagne für wichtig. Wir veröffentlichen auf unserer Parteiseite alle Materialien, die von von der internationalen Organisation „Stoppt die Blockade Kubas“ erhalten, wir haben unsere Seite auch in spanischer Sprache. Wir werden auch weiter mit Kuba solidarisch sein, aber dabei auf eure Solidarität zählen, Genossen. Seinerzeit sagte Che Guevara, dass es notwendig ist, „tausende Vietnams“ zu schaffen, und wird, die Kommunisten der DVR, sagen, dass es heute für den Kampf gegen den Imperialismus der USA, der die Hauptgefahr für die Existenz der Menschheit ist, notwendig ist, „tausende Donbasse“ zu schaffen“, sagte er.

### de.sputniknews.com: **Festgesetzte ukrainische Boote: Gericht erlässt erste Haftbefehle gegen Besatzung**

Ein Gericht in Simferopol auf der Krim hat laut einem Gerichtssprecher Haftstrafen gegen die ersten zwölf der 24 festgenommenen Seeleute im Fall der illegalen Überquerung der russischen Grenze im Bereich der Straße von Kertsch durch ukrainische Marineschiffe verhängt.

Nach Angaben eines Anwalts müssen zwölf Matrosen für zwei Monate in Untersuchungshaft in Simferopol bleiben. „Bis zum 25. Januar soll eine Prohibitivmaßnahme festgelegt werden“, sagte Richter Andrej Dolgopolow beim Verhör der Ukrainer.

Der Prozess begann am Dienstag um 15.00 Uhr Moskauer Zeit. Die Sitzungen fanden in drei Gerichtssälen statt. Am Mittwoch sollen sie wieder aufgenommen werden.

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat Auszüge der Vernehmung von festgenommenen Marinesoldaten veröffentlicht. Den Aufnahmen zufolge hatten drei ukrainische Militärs gestanden, bewusst illegal in die Hoheitsgewässer Russlands eingedrungen zu sein und gegen russische Rechtsvorschriften verstoßen zu haben.

Zuvor war berichtet worden, dass die Schiffe der ukrainischen Marine „Berdjansk“, „Nikopol“ und „Jany Kapu“ am 25. November Russlands Staatsgrenze überquert und dadurch gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen verstoßen hatten. Die ukrainischen Schiffe fuhren in das zeitweilig geschlossene Gebiet der russischen Hoheitsgewässer ein, führten dort stundenlang gefährliche Manöver aus und widersetzten sich allen Forderungen der russischen Küstenwache.

Um die ukrainischen Schiffe aufzuhalten, musste der russische Grenzschutz Waffen einsetzen. Schließlich wurden die drei Boote 50 Kilometer südwestlich der Krim-Brücke festgesetzt, wo Schiffe die Straße von Kertsch üblicherweise passieren. Laut einer Mitteilung des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB wurden dabei drei ukrainische Matrosen leicht verletzt. Diese seien jedoch medizinisch behandelt worden und ihr Leben sei außer Gefahr, hieß es.

Russland leitete angesichts des Zwischenfalls ein Strafverfahren ein und beantragte eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates in Bezug auf die Situation im Asowschen Meer.

Das ukrainische Parlament hat am Sonntagabend der Einführung des Kriegsrechts im Land zugestimmt. Dieses soll nur für die Regionen gelten, die an Russland grenzen, und 30 Tage anstatt der 60 zuerst vorgeschlagenen dauern.

### Wpered.su: **In Moskau fand ein Treffen eines Sekretärs des ZK der KP der DVR mit der Redaktion der „Prawda“ statt**

Am 27. November fand in Moskau ein Treffen des Sekretärs des ZK der KP der DVR, des Chefredakteurs von „Wperjod“ Stanislaw Retinskij mit der Redaktion der „Prawda“ statt. Bei dem Treffen wurde eine Vereinbarungen erreicht, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Medien zu aktivieren, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Stanislaw Retinskij machte sich mit der Technik der Zeitung im Sekretariat und in den Redaktionsabteilungen bekannt, nahm an einer Redaktionssitzung teil, analysierte auf einer Versammlung des Kollektivs der „Prawda“ die politische und soziale Situation in der DVR. Der Chefredakteur der „Prawda“ Boris Komzkij erklärte seinerseits die Absicht, weiter auf den Seiten der Zeitung Material über die Situation in der Donezker Volksrepublik, die Tätigkeit der Kommunistischen Partei der DVR und Solidaritätsaktion mit dem Donbass in der Welt zu veröffentlichen.

de.sputniknews.com: **Lawrow ruft Deutschland zu Einfluss auf ukrainische Führung auf**  
Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat seinen deutschen Amtskollegen Heiko Maas während eines Telefonats gebeten, auf die ukrainische Führung einzuwirken, um weitere Provokationen zu verhindern. Dies geht aus einer Mitteilung des russischen Außenministeriums hervor.

„In Weiterführung des Telefongesprächs zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und der deutschen Kanzlerin Angela Merkel vom Vorabend wurden Ereignisse diskutiert, die durch die illegale Überquerung der russischen Grenze durch ukrainische Schiffe in der Straße von Kertsch am 25. November ausgelöst wurden“, hieß es. Lawrow soll demzufolge betont haben, dass „die provokativen Maßnahmen der ukrainischen Behörden unter Verletzung der Völkerrechtsnormen geplant wurden“. Kiew habe bewusst Bedrohungen und Risiken für den sicheren Schiffsverkehr im Schwarzen Meer sowie für das Leben der Schiffsbesatzung der ukrainischen Marine geschaffen. Russland rufe die deutsche Seite dazu auf, auf die ukrainische Führung einzuwirken, um weitere Provokationen im Interesse der innenpolitischen Konjunktur zu verhindern...

Wpered.su: **Banda Bassotti sammelte Geld für den Kauf von Hörgeräten für ein Mädchen aus Donezk**

Die italienische Ska-Punk-Gruppe Banda Bassotti sammelt Geld für den Kauf von Hörgeräte für das Mädchen Oli Osartschuk, die in Donezk lebt.

Die notwendigen Gelder sind bereits in die Hauptstadt der Donezker Volksrepublik gelangt, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Wir erinnern daran, dass im August 2014, als der Kiewskij-Bezirk von Donezk bombardiert wurde, ein Geschoss in das Haus traf, dadurch verlor das Mädchen ihr Hörvermögen auf beiden Ohren. Damals war sie erst drei Jahre alt. Damit sie in die Schule gehen kann, mussten Hörgeräte gekauft werden.

**vormittags:**

de.sputniknews.com: **Nach Eskalation von Kertsch: Trump droht Treffen mit Putin abzusagen**

US-Präsident Donald Trump hat in einem Interview mit der Zeitung „The Washington Post“ angekündigt, dass er die geplante Zusammenkunft mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin wegen des jüngsten Zwischenfalls in der Straße von Kertsch canceln kann. Sie sollte im Rahmen des G20-Gipfels diese Woche stattfinden.

„Ich mag diese Aggression nicht. Ich will diese Aggression überhaupt nicht“, sagte er. „Und übrigens, Europa sollte diese Aggression nicht mögen. Und Deutschland sollte diese Aggression nicht mögen“, hob er hervor.

Er erwarte am Dienstagabend von seinem nationalen Sicherheitsteam einen „vollständigen

Bericht" zu dem Vorfall, so Trump: „Das wird entscheidend sein", betonte er. „Vielleicht werde ich das Treffen nicht haben", fügte er hinzu.

Zuvor hatte das Weiße Haus bekanntgegeben, Trump werde während des G20-Gipfeltreffens in Argentinien, das vom 30. November bis zum 1. Dezember in Buenos Aires stattfinden soll, mit dem russischen Staatschef bilaterale Verhandlungen führen. Der Pressedienst des russischen Staatschefs bestätigte diese Informationen und ließ wissen, dass das genaue Datum der Zusammenkunft noch besprochen werde....

### **Wpered.su: Die Abgeordnete des EU-Parlaments Eleonora Forenza kritisierte die EU wegen ihrer Unterstützung der Politik Kiews**

Die Abgeordnete des EU-Parlaments von der italienischen Partei Rifondazione Comunista Eleonora Forenza veröffentlichte einen Artikel mit dem Titel „Was geschieht tatsächlich in der Ukraine?“, in dem sie die EU wegen ihrer Unterstützung der Politik Kiews kritisierte. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

„Was tun die europäischen Institutionen in dieser Situation, um die Spannung zu reduzieren, um die Gefahr einer Eskalation zu verhüten und die Diskussion in ein politisches und diplomatisches Gleis zurückzuführen? Sie denken an die Feiern zum 5. Jahrestag der Euromaidans, des Staatsstreichs, der Poroschenko an die Macht gebracht hat“, unterstreicht Eleonora Forenza.

Aber hier gibt es nichts, auf das man stolz sein könnte, meint sie, weil die Ukraine zum 5. Jahrestag der „Revolution“ in einer Krise versunken ist.

„Es wurde keineswegs der Wohlstand erreicht, der für den Fall einer Annäherung an den Westen versprochen wurde, im Gegenteil, wir sehen harte ökonomische Schwierigkeiten, Druck auf die Massenmedien und die Opposition, inhaftierte Journalisten und Oppositionelle und auch eine Kommunistische Partei der Ukraine, die sich außerhalb des Gesetzes befindet. Dazu kommen offensichtlich zahlreiche Verletzungen des neuen Waffenstillstands im Rahmen von „Minsk-2“, dabei ist die ukrainische Armee entlang der Pufferzone an den Grenzen des Donbass stationiert, die demilitarisiert sein soll“, unterstrich die Abgeordnete.

### **de.sputniknews.com: Poroschenko warnt vor drohendem Krieg mit Russland – Moskau kommentiert**

Wegen der Eskalation in der Straße von Kertsch befindet sich jetzt die Ukraine laut ihrem Präsidenten Petro Poroschenko am Rande eines Kriegs mit Russland. Politiker in Moskau haben sich zu den Gründen und Auswirkungen dieser Rhetorik geäußert.

Poroschenko zufolge wird diese Gefahr von Geheimdaten bestätigt, wonach angeblich russische Militärtechnik verstärkt nahe der ukrainischen Grenze präsent ist.

„Ich möchte nicht, dass jemand denkt, dass es nur eine Kleinigkeit ist. Dem Land droht ein großangelegter Krieg mit der Russischen Föderation“, zitiert ihn sein Pressedienst.

Der ukrainische Staatschef demonstrierte zudem im September und Oktober aufgenommene Satellitenbilder. Diese sollen eine russische Militärbasis zeigen, die 18 Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt ist.

„Wie Sie sehen, hat sich die Anzahl der Panzer in den Stützpunkten entlang unserer Grenze verdreifacht. Warum wurden sie dorthin verlegt? Die Anzahl der Einheiten, die auf der gesamten Länge unserer Grenze wieder eingesetzt wurden, ist dramatisch gestiegen. Die Position zu möglichen Übungen rechtfertigt dieses Wachstum in keiner Weise“, erörterte Poroschenko.

Er wies darauf hin, dass die Panzer nach dem Zwischenfall in der Straße von Kertsch nicht vom Stützpunkt abgezogen wurden.

„Nach dem Vorfall im Asowschen Meer sollten wir den ukrainischen Streitkräften im Falle einer großflächigen Bodeninvasion Widerstandsfähigkeit bieten. Denn diese Panzer wurden

noch nicht abgezogen, sie bleiben dort“, so der ukrainische Staatschef.

Darüber hinaus erwähnte er Daten, die darauf verweisen sollen, dass die russischen Seesoldaten von ihrem Kommando den Schießbefehl erhalten hätten. Dies bezeichnete Poroschenko als „Lizenz zum Töten“.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrats, Konstantin Kossatschjow, beteuerte gegenüber Sputnik, Russland werde alles Mögliche tun, um einen Krieg mit der Ukraine zu verhindern.

Er betonte, dass die Nato ihre Verpflichtung zur Verhinderung von Konflikten in Europa bekräftigen solle, indem sie die Ukraine vom Anfachen militaristischer Stimmungen abbringe. „Im Gegenzug wird Russland – selbstständig oder durch kollektive Anstrengungen – alles tun, um jeglichen Militärkonflikt zu umgehen“, so Kossatschjow.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für die Verteidigung der Staatsduma, Juri Schwytkin, hat im Gespräch mit dem Sender RT die Aussagen von Poroschenko als einen Kniff zur Ablenkung der ukrainischen Bevölkerung von den anstehenden Präsidentschaftswahlen bezeichnet.

„Poroschenko versteht, dass er als Kandidat fast nicht wählbar ist. Die Verhängung des Kriegsrechts könnte seiner Ansicht nach erlauben, die Wahlen zu verschieben und einen Teil der radikalen Wählerschaft zu mobilisieren“, meinte der Politiker.

Er behauptete zudem, dass Poroschenko mit seinen Aussagen die Aufmerksamkeit der EU-Staaten und der Nato auf sich ziehen wolle.

„Als Chefs der Ukraine sollten sie jedoch die Tätigkeit ihrer Unterstellten unterbinden und sie (die Ukraine – Anm. d. Red.) zur Deeskalation zwingen, weil diese Situation die USA und Europa früher oder später treffen kann“, verlautbarte Schwytkin gegenüber RT.

Am Sonntag war berichtet worden, dass die Schiffe der ukrainischen Marine „Berdjansk“, „Nikipol“ und „Jany Kapu“ am 25. November Russlands Staatsgrenze illegal überquert und dadurch gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen verstoßen hatten. Die ukrainischen Schiffe fuhren in das zeitweilig geschlossene Gebiet der russischen Hoheitsgewässer ein, führten dort stundenlang gefährliche Manöver aus und widersetzten sich allen Forderungen der russischen Küstenwache.

**mil-Inf.info: Operativer Bericht der Volksmiliz der LVR vom 27. auf den 28. November  
In den letzten 24 Stunden wurden keine Beschüsse festgestellt.**

de.sputniknews.com: **Russland verstärkt Krim-Flugabwehr mit vierter S-400-Division**  
Die vierte mit dem Waffensystem des Typs S-400 Triumph ausgestattete Flugabwehrdivision wird bis Ende des Jahres auf der Krim in den Dienst gestellt werden. Dies teilte der Pressedienst des russischen Militärbezirks Süd am Mittwoch mit....

**Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 27. November 3:00 bis 28. November 3:00**

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen 21.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Sajzewo, Donezk (Trudowskije), Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Jasinowataja, Krutaja Balka, Shabitschewo, Spartak, Staromichajlowka, Leninskoje, Oktjabrj, Sachanka, Kominternowo.

Opfer unter den friedlichen Bürgern und Zerstörungen an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgeschossenen Geschosse betrug 95.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgeschossenen Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht. In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 328.

Ab 00:01 am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feuereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“-waffenstillstand – in Kraft.

### de.sputniknews.com: **Poroschenko unterzeichnet Erlass über Einführung des Kriegsrechts**

Der ukrainische Präsident hat den Erlass über die Verhängung des Kriegsrechts in seinem Land unterzeichnet. Dies teilte sein Pressesprecher Svjatoslav Tsegolgo mit.

„Präsident Poroschenko hat das Gesetz über die Genehmigung des Erlasses ‚Über die Einführung des Kriegsrechts in der Ukraine‘ unterzeichnet“, so Tsegolgo via Twitter am Mittwoch.

Am Sonntag war berichtet worden, dass die Schiffe der ukrainischen Marine „Berdjansk“, „Nikipol“ und „Jany Kapu“ am 25. November Russlands Staatsgrenze illegal überquert und dadurch gegen das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen verstoßen hatten. Die ukrainischen Schiffe fuhren in das zeitweilig geschlossene Gebiet der russischen Hoheitsgewässer ein, führten dort stundenlang gefährliche Manöver aus und widersetzten sich allen Forderungen der russischen Küstenwache.

Für den zwangsweisen Stopp der ukrainischen Schiffe kam es zu einem Waffeneinsatz.

Schließlich wurden die drei Boote 50 Kilometer südwestlich der Krim-Brücke festgesetzt, wo Schiffe die Straße von Kertsch üblicherweise passieren. Laut einer Mitteilung des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB wurden dabei drei ukrainische Matrosen leicht verletzt. Diese seien jedoch medizinisch behandelt worden und ihr Leben schwebte nicht in Gefahr, hieß es. Der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine hatte am Sonntagabend vorgeschlagen, für 60 Tage in der Ukraine den Kriegszustand zu verhängen. Das ukrainische Parlament hat der Einführung des Kriegsrechts im Land zugestimmt. Es soll allerdings auf 30 Tage und zunächst nur auf bestimmte Regionen des Landes beschränkt sein. Die ukrainische Armee und der Sicherheitsdienst SBU wurden in den Bereitschaftszustand versetzt.

### **Nachmittags:**

### armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz zur Lage am 28.11.2018**

In den letzten 24 Stunden wurden **21 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt, der die Gebiete von **12 Ortschaften der Republik** beschoss.

**In Richtung Gorlowka** haben die Kriegsverbrecher der 72. mechanisierten Brigade unter Kommando von Tatus und der 58. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Drapatyj die Gebiete von **Sajzewo und der Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

**In Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 28. und der 92. mechanisierten Brigade

unter Kommando der Henker Martschenko und Kokorjew sowie der 57. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Mischantschuk die Gebiete von **Spartak, Jasinowataja, Krutaja Balka, Staromichajlowka, Shabitschewo und den Petrowskij-Bezirk von Donezk** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

**In Richtung Mariupol** haben die Kriegsverbrecher der 79. Luftsturmbrigade auf Befehl von Kuratsch **Sachanka, Oktjabrj, Kominternowo und Leninskoje** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter auch großkalibrigen, beschossen. Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Unsere Aufklärung stellt weiter eine Verstärkung der Gruppierungen der Besatzungstruppen fest.

Mit Einführung des Kriegszustands in der Ukraine hat Großbritannien entschieden eine **zusätzliche Gruppe militärischer Kuratoren in die „OOS“-Zone** zu schicken – **Spezialisten im Bereich von Spezialoperationen, Aufklärung, rückwärtiger Versorgung und Medizin**. Alle Eingetroffenen werden sich im Stab der „OOS“ und den Stäben der operativ taktischen Gruppierungen „Ost“ und „Nord“ befinden, um den Anführern der Kämpfer ihren Willen aufzuzwingen und ihnen zu helfen, eine Ukrainer in den Tod zu schicken.

Außerdem konzentrieren sich derzeit nach unseren Informationen trotz des Verbots der Anwesenheit von Nationalisten in der Besatzungszone in den großen Bezirkszentren des Donezker Oblast wieder Banditen aus der „UPA“ und anderen nazistischen Banden. Ihre Sammlung und Benachrichtigung erfolgt über SMS, in denen von den Mitgliedern der nationalistischen Formationen verlangt wird, mit Beginn des Kriegszustands an festgelegten Orten einzutreffen und weitere Befehle und Anweisungen zu erwarten. Als Orte für die Sammlung sind genannt: Mariupol, Wolnowacha, Kurachowo, Krasnoarmejsk, Artjomowsk und Konstantinowka.

Nach unseren Informationen ist geplant die **radikalen Aktivisten als „Sperrtruppen“ im Rücken der Kämpfer der bewaffneten Formationen der Ukraine** einzusetzen, um die Soldaten in der OOS-Zone festzuhalten.

Außerdem gibt es Informationen über die Absicht der ukrainischen Regierung, radikale Nationalisten nicht nur als „Sperrtruppen“ einzusetzen, sondern auch an den angespanntesten Punkten an der Front. Genauso wie Separatisten aus den westlichen Oblasten, insbesondere Kämpfer der 128. Brigade, die vornehmlich aus Einwohnern von Transkarpatien und ukrainischen Ungarn besteht. Genau deswegen sind aus dem Generalstab der Ukraine Anweisungen gekommen, die 128. Brigade nicht vor März 2019 auszuwechseln.

Die ukrainischen Oligarchen schlagen so gleich zwei Fliegen mit einer Klappe. Vor allem verlängern sie ihre Regierung durch die Einführung des Kriegszustands und zum zweiten verwenden sie diesen für die Säuberung der Ukraine von missliebigen Elemente: dem aktiven Teil der radikalen Nationalisten, die eine Bedrohung für das Kiewer Oligarchat sind, und von Separatisten, die den Austritt der westlichen Regionen aus der Ukraine und den Eintritt in Staaten des brüderlichen Europas anstreben.

Aus diesen Gründen ist bereits im Vorfeld der Einführung des Kriegszustands in der 128. Brigade die Zahl der Deserteure gestiegen. Und in einigen Abschnitten verlassen die Kämpfer ganze Positionen.

Auch die Tatsache der **Nutzung von Kindersklavenarbeit durch die ukrainischen Behörden** unter dem Anschein und den Losungen einer Verteidigung des Landes gegen einen mythischen Aggressor von außen darf nicht unbeachtet bleiben.

Nur die Nazis während des zweiten Weltkriegs zwangen gefangene Kinder in ihrer Industrie zu arbeiten und Antipanzergärten zur Verteidigung gegen die vorrückende rote Befreiungsarmee zu graben. Diese entsetzliche Praxis haben nur die Nazi-Politiker aus der Ukraine übernommen.

Gestern wurde in ukrainischen Massenmedien eine Reportage veröffentlicht, in der gezeigt wurde, wie Kinder Landungsabwehrsperrungen in der Nähe von Mariupol graben. Es ist bemerkenswert, dass dies rechtlose Kinder aus Kinderheimen des besetzten Donezker Oblast sind, für die sich niemand einsetzt. Schutzlose, durch die Ausquartierung aus dem Heim eingeschüchterte Kinder sind gezwungen für die bewaffneten Formationen der Ukraine zu arbeiten. Schmutzige Arbeit für die Kämpfer erledigen, die nach Erklärung Najews und ihrer Bestimmung nach ihre Bevölkerung verteidigen und nicht versklaven sollen!

Richten Sie die Aufmerksamkeit darauf, wie die auf kriminelle Weise an die Macht gekommene Führung der Ukraine aufgehört hat, sich wegen Dingen zu schämen, die in der zivilisierten Welt als Verbrechen angesehen werden. Wenn sie sich noch 2017 wie wild von der Sklavenarbeit festgenommener friedlicher Bürger, die ohne Schutzkleidung Schützengräben für ukrainische Kämpfer an der Front aushoben, distanzieren, so zeigen diese faschistischen Unmenschen schon heute mit Stolz die Sklavenarbeit von Kindern der Ukraine zum Nutzen nazistischer Ideen.

Ich hoffe, dass diese Tatsachen nicht ohne Aufmerksamkeit der internationalen Rechtsschutzorganisationen bleiben und ihren Ausdruck in den Berichten westlicher Politiker bei internationalen Treffen finden werden.

Und zum Abschluss möchte ich die Tatsache unterstreichen, dass nicht nur Freiwillige aus verschiedenen Ländern und örtliche Einwohner unsere Republik verteidigen, sondern auch auch das Unternehmen „Ukroboronprom“, das weiterhin den ukrainischen Kämpfern minderwertige Waffen liefert.

Unter anderem erfolgte gestern beim Versuch ukrainischer Terroristen, Spartak am Rand von Donezk zu beschließen, eine weitere Detonation eines ukrainischen Mörsers „Molot“.

Im Ergebnis der Detonation eines Geschosses im Lauf eines „Molots“ wurde der Kämpfer der 2. Mörserbatterie des 42. Bataillons der 57. mechanisierten Brigade M. Ju. Kowalenko schwer verletzt.

Gleichzeitig wurde im Gebiet von Starognatowka ein Kämpfer der 128. Gebirgstruppe bei nicht sachkundigem Umgang mit einem automatischen Granatwerfer AGS-17 verletzt.

So ist es dank den sogenannten „hochwertigen“ ukrainischen Waffen und dem niedrigen Ausbildungsniveau der ukrainischen Kämpfer ein weiteres Mal gelungen, Opfer unter den friedlichen Ortschaften unserer Republik zu vermeiden.

## de.sputniknews.com: **Treffen mit Putin absagen? Kreml nimmt Stellung zu Trumps Aussagen**

Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hat die jüngsten Aussagen des US-Präsidenten Donald Trump über eine mögliche Absage des Treffens mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin im Rahmen des G20-Gipfels kommentiert.

„Die Vorbereitung (auf das Treffen – Anm. d. Red.) wird fortgesetzt; das Treffen ist vereinbart. Vom amerikanischen Visasvis haben wir keine anderen Informationen“, kommentierte Peskow. In diesem Zusammenhang gehe der Kreml davon aus, dass die Zusammenkunft stattfinden werde.

In Bezug auf die Aussagen von Trump über „die Aggression“ sagte der Kreml-Sprecher, es hänge davon ab, „was er (US-Präsident Donald Trump – Anm. d. Red.) als Aggression bezeichnet. Falls er das Vorgehen der ukrainischen Militärschiffe als Aggression bezeichnet, ist es eine. Man kann streiten, ob es eine Aggression war oder nicht. Falls er die Handlungen der russischen Grenzschutzbeamten zur Verhinderung der Versuche, die Staatsgrenzen Russlands zu verletzen, als Aggression bezeichnet, ist es nun das Andere.“

„Wir sind nicht damit einverstanden. Wir haben diese Erklärung berücksichtigt. Auch haben wir der gestrigen Erklärung meiner Kollegin aus dem Weißen Hauses Beachtung geschenkt, laut der Trump plant, eine Reihe von Treffen, darunter auch mit (Russlands Staatschef Wladimir) Putin, zu haben“, präzisierte er.

### *Trumps jüngste Aussagen*

US-Präsident Donald Trump hatte zuvor in einem Interview mit der Zeitung „The Washington Post“ angekündigt, dass er die geplante Zusammenkunft mit seinem russischen Amtskollegen, Wladimir Putin, wegen des jüngsten Zwischenfalls in der Straße von Kertsch canceln kann. Sie sollte im Rahmen des G20-Gipfels diese Woche stattfinden.

„Ich mag diese Aggression nicht. Ich will diese Aggression überhaupt nicht“, sagte er. „Und übrigens, Europa sollte diese Aggression nicht mögen. Und Deutschland sollte diese Aggression nicht mögen“, hob er hervor.

Zuvor hatte das Weiße Haus bekannt gegeben, Trump werde während des G20-Gipfeltreffens in Argentinien, das vom 30. November bis zum 1. Dezember in Buenos Aires stattfinden soll, mit dem russischen Staatschef bilaterale Verhandlungen führen. Der Pressedienst des russischen Staatschefs bestätigte diese Informationen und ließ wissen, dass das genaue Datum der Zusammenkunft noch besprochen werde....

### **Mil-Inr.info: Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Leitung der Volksmiliz der LVR Oberleutnant Ja. A. Osadtschij**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR ist **stabil angespannt**. In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt.

Das Kommando der OOS ist durch Fragen der Gewährleistung der Geheimhaltung der Aktivitäten der Einheiten in der Nähe der Kontaktlinie beunruhigt. Im Zusammenhang damit hat General Najew den Brigadekommandeuren die Aufgabe gestellt, auf den offiziellen Seiten der Einheiten in den sozialen Netzwerken einen Aufruf an die Bürger, die in der Nähe der Kontaktlinie leben, zu veröffentlichen, mit der Bitte die Verbreitung von Informationen über Handlungen der ukrainischen Streitkräfte wie die Verlagerung von Technik, die Lieferung von Material, die Einrichtung von Stützpunkten einzuschränken.

Das ukrainische Kommando drängt der Bevölkerung der Ukraine weiter die Auffassung auf, dass die Positionen der ukrainischen Streitkräfte vom Territorium der Republik aus beschossen werden, und eskalieren so künstlich die Situation in der Nähe der Kontaktlinie.

So hat gestern der Stab der OOS von einem Beschuss der Positionen der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Krymskoje berichtet. Nach unseren Informationen war das ein sogenannter „freundschaftlicher Beschuss“ unter Soldaten des 108. und des 109.

Gebirgssturmbataillons der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, der das Ziel hatte, die Einheiten der Volksmiliz der LVR zu beschuldigen.

Außerdem gehen weiter Informationen über weitere nicht kampfbedingte Verluste in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte und Fälle von Desertion ein, die gegenüber dem übergeordneten Kommando verheimlicht werden.

In der 72. mechanisierten Brigade hat ein Fahrer eines Lastwagens beim Transport von Personal das Fahrzeug in einen Straßengraben gefahren. In der Folge des Unfalls starb ein Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte, sieben wurden verletzt.

In Popasnaja führen militärische Strukturen der Ukraine operative Maßnahmen zur Fahndung nach vier Soldaten aus der 14. Brigade durch, die am 25. November eigenmächtig ihren Truppenteil mit der Waffe verlassen haben.

Die Volksmiliz der LVR hält trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen ihre Verpflichtung zur Wiederherstellung des Friedens im Donbass ein.

Unsere Einheiten tun ununterbrochen Dienst, führen Übungen durch, um eine hohe Kampffähigkeit aufrechtzuerhalten, um jeder Aggression von der ukrainischen Seite standhalten zu können.

## **Donbass auswirkt**

In Teilen der Ukraine ist der Kriegszustand erklärt worden. In einigen Gebieten wollen die Behörden strenge Regeln des Ausnahmezustandes einführen. In anderen Regionen leben die Menschen jedoch seit längerem unter Bedingungen eines unerklärten Krieges.

Was wird Poroschenkos Kriegsrecht für die Ukraine und den Donbass zur Folge haben  
*Besser auf Besuche verzichten*

Die Ausrufung des Kriegszustandes wurde in den Gebieten Donezk und Lugansk mit Besorgnis aufgenommen. Laut Daniil Besnossow, Vertreter der Volkswehr von Donezk, kann die Verhängung des Kriegsrechts die Spannungen im Donezbecken massiv beeinflussen. Provokationen der ukrainischen Sicherheitsdienste sind zu erwarten. Zudem könnte es zu „schmutzigen Methoden der Kriegsführung“ durch das Kiewer Regime kommen. In Lugansk empfehlen die Behörden, sich Besuchen der von Kiew kontrollierten Gebiete zu enthalten. Die erwartete Verschärfung der Lage hängt auch mit der Aktivierung der ukrainischen Armee zusammen. Ein Vertreter der Volkswehr Lugansk teilte mit, dass die ukrainische Armee Einheiten zur Trennungslinie im Donezbecken schickt. „Bei der Ortschaft Krjakowka wurden zwei Minenwerfer-Batterien der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte gesichtet. In der Ortschaft Olchowoje trafen viele ukrainische Panzer ein. In einem der leerstehenden Erholungsheime wurden rund 200 Militärs untergebracht“.

Die Volksrepubliken wurden bereits vor der Verhängung des Kriegszustandes durch Kiew beschossen – der Waffenstillstand im Donezbecken blieb trotz aller Garantien immer eine Formalität.

*An den Haaren herbeigezogene Strafverfahren*

„Der Beschluss ist zwar stärker geworden, jedoch unbedeutend“, sagte der Offizier der Volkswehr der Volksrepublik Lugansk Andrej gegenüber Sputnik. Auffallend sei aber, dass die Zahl der Polizeieinheiten größer geworden sei. Wie ukrainische Grenzsoldaten den Einwohnern mitteilten, werden die Übergangsstellen voraussichtlich gesperrt werden. Für welche Zeit und ob dies ein endgültiger Beschluss ist, ist bislang unklar. Doch das würde sicher zum Anstieg der Spannungen führen – viele Donbass-Einwohner reisen ins ukrainische Territorium.

Ein Militär der an der Trennlinie stationierten ukrainischen Streitkräfte sagte gegenüber Sputnik, was sich nach dem Präsidialerlass geändert hat. „Ein Drittel der Militärs übernachteten in den Garnisonen. Es sollen Reservisten aufgenommen werden. Mit ihnen sollen wohl die Einheiten im Donezbecken verstärkt werden. Die Armee versteht zwar, dass der Kriegszustand keinen taktischen Sinn hat, doch das wird für die Bankowaja (Kiewer Straße, wo sich die Präsidentenadministration befindet, Anm. d. Red.) gemacht“.

Laut Jewgeni Golyschkin, einem Einwohner von Donezk, sollen die Übergangsstellen bereits jetzt im eingeschränkten Format funktionieren. Anscheinend werde der ukrainische Sicherheitsdienst SBU die aus den Volksrepubliken Ausreisenden von nun an etwas genauer „bearbeiten“. Vielleicht werde es zu an den Haaren herbeigezogenen Strafverfahren kommen. Oksana Werschina aus Donezk erwartet keine ernsthaften Veränderungen im Alltag der Volksrepubliken selbst nach der Verhängung des Kriegszustandes in den von Kiew kontrollierten Gebieten. „Nach fünf Jahren erwarten wir keine großen Erschütterungen mehr. Es sind unbedeutende Besorgnisse unter der panisch gestimmten Bevölkerung zu erkennen, doch die meisten führen ihr gewöhnliches Leben. Wir erwarten seit langem eine Eskalation, dabei wissen wir sehr gut, dass vorerst nichts Bedeutes droht“.

Ein Offizier der Donezker Volkswehr meint, dass die ukrainische Behörden versuchen werden, die negativen Stimmungen wegen der möglichen Sperrung der Grenze auf den von Kiew kontrollierten Gebieten mithilfe des sogenannten Dienstes für zivil-militärische Kooperation zu kompensieren. „Das sind jene, die sich gerne mit den Einheimischen, die humanitäre Hilfe bekommen, in Kindergärten und Schulen fotografieren lassen. Der Dienst wurde nach US-Vorbild gebildet – man versucht die Sympathien der Einheimischen mit

beruhigenden Geschichten in Sozialen Netzwerken zu gewinnen“.

Der Vorsitzende des Parlaments von Noworossija (ein gemeinsames Organ von Donezk und Lugansk), Oleg Zarjow, erinnert daran, dass die humanitäre Situation im Donezbecken weiterhin angespannt sei. Das werde von der ukrainischen Propaganda genutzt. „Kiew zeigt gern mit dem Finger auf die Republiken – schaut, sie sind vier Jahre unter Beschuss, wollt ihr dasselbe? Dabei sagt Kiew nicht, wer in diesen vier Jahren die friedlichen Einwohner beschießt, die Kiew als eigene Bürger bezeichnet. Doch die ukrainische Armee ist für sie fremd, unabhängig davon, wie viele Fotos mit Konservendosen sie noch veröffentlichen“.

*Russen dürfen nicht rein*

Der Kriegszustand trifft auch russische Staatsbürger. Am Montag wurden an den Flughäfen Kiews von ukrainischen Grenzsoldaten unter verschiedenen Vorwänden mehr als 70 Russen zurückgewiesen.

An der Grenze zur Krim wurden Einschränkungen nur für russische Staatsbürger eingeführt. „Staatsbürger der Ukraine und anderer Staaten werden ukrainische Grenzübergänge uneingeschränkt in beiden Richtungen passieren dürfen“, sagte der Chef der Administration des Gebietes Cherson, Andrej Gordejew. Dabei arbeiten die auf der russischen Seite gelegenen drei KfZ-Grenzübergänge wie üblich.

### **Rein ukrainische Geschichte**

Das verhängte Sonderrecht könnte die Einschränkung von Freiheiten und Rechten der Staatsbürger bedeuten. Nicht ausgeschlossen ist, dass das durch Poroschenko initiierte Kriegsrecht der erste Verbote des Wahlkampfes für die Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2019 ist.

„Ich habe die Stimmungen der Abgeordneten zwischen den Abstimmungen beobachtet. Selbst Vertreter der radikalen politischen Kräfte, die immer für jede Entfaltung von Spannungen sind, stellten sich die Frage: Ist das sinnvoll? Wenn man seit vielen Jahren die berüchtigte russische ‘Aggression’ abwehrt, warum ist der Kriegszustand nicht schon früher eingeführt worden? Die Skepsis der Abgeordneten, die die Präsidenten-Initiative revidiert haben, zeigt, dass das eine rein innenpolitische Geschichte ist“, sagt der ehemalige Abgeordnete des Rates der Stadt von Odessa und heutige politische Emigrant Alexander Wassiljew.

Das verhängte Sonderrecht würde den Alltag der Einwohner kaum ändern – ein Teil der Verbote sei bereits umgesetzt. „Es wurde de facto der Verkehr zwischen der Ukraine und Russland eingeschränkt, es wird die Meinungsfreiheit unterdrückt, mehrere prorussische und linke Parteien sind seit langem außerhalb des Gesetzes. Alle Regeln des Kriegszustandes werden rein formell sein. Die Oberste Rada weiß das sehr genau, weshalb dieses Thema auch schnell behandelt wurde“, so Wassiljew.

„Poroschenko versuchte, die Wahlen zu torpedieren“, so Zarjow. „Hätte die Oberste Rada ihn unterstützt und einen Kriegszustand für zwei Monate verhängt, dann hätten die Wahlen auf den Herbst verschoben werden müssen. Für den Herbst sind auch Parlamentswahlen geplant. Neben der Verlängerung seiner Vollmachten könnte dies Poroschenko ermöglichen, auch einen Parlamentswahlkampf zu führen, was taktisch vorteilhaft ist“, so Zarjow.

Laut dem Politiker wird der gescheiterte Plan Poroschenkos kaum dessen Absichten ändern. „Ich kenne ihn persönlich. Er wird nicht aufhören. Es gibt kein Verbrechen, auf das er nicht eingehen würde, um an der Macht zu bleiben. Deswegen werden Spannungen an der Grenze zu Russland und an der Grenze zum Donezbecken entfacht. Das ist unvermeidlich“, sagte Zarjow.

Die Kiewer Anwältin Tatjana Montjan äußerte ebenfalls, dass der Versuch, den Kriegszustand einzuführen, nur mit politischen Vorteilen verbunden ist. „Poroschenko spielt va banque, um die Wahlen zu torpedieren. Das ist sein Hauptziel. Ohne das ist der Kriegszustand für ihn nicht interessant. Ich würde mich nicht wundern, wenn er wegen eines nicht genehmigten Versuchs, die Wahlen zu torpedieren, von den Washingtoner Kuratoren noch bestraft wird“, sagte Montjan.

Laut dem offiziellen Vertreter der Volksrepublik Donezk in Frankreich, Hubert Fayard, wird die Verhängung des Ausnahmezustandes viele Folgen für das politische Leben in der Ukraine nach sich ziehen, weil sich Kiew auf angeblich legitime Weise in eine Diktatur verwandle.

**Dnr-online.ru: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin hat eine Sitzung zu Fragen der Heizperiode und der Arbeit im Winter mit Leitern von Städten und Bezirken, Fachministerien und Behörden durchgeführt.**

„Wir haben jetzt zwei grundlegende Fragen, die ich ansprechen möchte: das ist der Verlauf der Heizperiode 2018-2019 in den Wohnhäusern und sozial-kulturellen Objekten sowie die Situation in den Städten und Bezirken zur Organisation der Müllsammlung und Müllabfuhr. Wir müssen die derzeitige Situation analysieren, uns kurzfristige Ziele setzen und eine Strategie erarbeiten, wie wir vorhaben, mit den Problemen klar zu kommen“, sagte das Republikoberhaupt zu den Anwesenden.

Bezüglich der Heizperiode unterstrich Denis Puschilin, dass im ganzen alle Dienste im Herbst- und Winterzeitraum normal gearbeitet haben. „Störungssituation werden operativ gelöst. Aber in einer Reihe von Bereichen gibt es mehr Störungen als im letzten Jahr. Und wenn wir keine strategischen Schritte unternehmen, werden sie zunehmen. Es ist notwendig, das Herangehen auf staatlicher Ebene zu ändern, Prioritäten zu setzen, was es erlauben wird die Situation zu verändern“, unterstrich er.

Während der Sitzung gab das Staatsoberhaupt die Anweisung, die Arbeit bezüglich der Information der Bevölkerung über die Möglichkeit einer Restrukturierung von Zahlungsrückständen bei kommunalen Zahlungen zu verstärken.

Die Anwesenden behandelten auch Fragen, die mit der Sammlung und Abfuhr von Haushaltsmüll in den Städten und Bezirken verbunden sind.

„Dieses Problem ist derzeit in gewisser Weise kritisch. Zweifellos wissen wir, dass die Tarife für die Bevölkerung nicht erhöht werden. Deshalb müssen zusätzliche Finanzierungsquellen für die kommunalen Unternehmen gefunden, dies muss der Staat beginnen zu tun.

Es gibt ein Problem mit der Ökologiesteuer, die das Unternehmen an den Rand des Überlebens bringt. Es müssen Fragen von Ermäßigungen bearbeitet werden. Was die Versorgung mit Technik betrifft, so befindet sich die Frage im abschließenden Stadium der Bearbeitung. Ein Teil der Technik werden wir in absehbarer Zukunft erhalten. Aber man muss wissen, dass sie gewartet werden muss, die Ressourcen unserer Maschinenbaubranche müssen eingesetzt werden“, berichtete Denis Puschilin.

Auf der Tagesordnung stand auch die Frage der Arbeit von „Awtodor“ im Winter. „Eine Reihe von Reparaturarbeiten wurde durchgeführt, es gibt noch Probleme, aber man kann sagen, dass wir für weiteren Schnee bereit sind“, fasste das Oberhaupt der DVR zusammen.

Zum Abschluss unterstrich Puschilin die hohe Effektivität des Arbeitsmechanismus, in deren Rahmen Fahrten in die Städte und Bezirke erfolgen, um die Situation vor Ort einschätzen zu können. Dieses Format der Arbeit wird fortgesetzt werden.

**de.sputniknews.com: Putin äußert sich erstmals zu Eskalation von Kertsch**

Vor einigen Tagen ist es in der Straße von Kertsch zu einer Eskalation gekommen. Die russische Küstenwache musste mehrere ukrainische Boote wegen Grenzverletzung festsetzen. Nun hat sich erstmals der russische Präsident Wladimir Putin zu der Provokation geäußert. Wie der russische Präsident hervorhebt, ist diese Provokation von der ukrainischen Führung im Vorfeld der Wahlen in der Ukraine organisiert worden.

Wegen seiner miserablen Umfragewerte brauche Poroschenko Hindernisse für die Konkurrenten aus der Opposition. Die bewusste Eskalation ist somit laut Putin ein Mittel eines „unsauberen Spiels der Kiewer Machthaber mit dem Ziel der Unterdrückung politischer Gegner“ gewesen.

„Was die Vorfälle im Schwarzen Meer betrifft, war das natürlich eine Provokation. Eine Provokation, die von der derzeitigen Regierung am Vorabend der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine im März nächsten Jahres organisiert wurde. Das Rating des derzeitigen Präsidenten liegt, wenn ich mich nicht irre, irgendwo an fünfter Stelle. Es ist möglich, dass (Poroschenko) nicht einmal in den zweiten Wahlgang kommen wird, und deshalb musste (von der ukrainischen Regierung) etwas getan werden, um die Situation zu eskalieren und unüberwindbare Hindernisse für seine Konkurrenten zu schaffen, vor allem für die Opposition“, erklärte der russische Präsident.

Der russische Grenzdienst habe dabei während der Provokation alles getan, um die Eskalation zu vermeiden, jedoch hätten die Besatzungen der ukrainischen Marineboote jeden Kontakt einfach ignoriert, so Putin. Daraufhin hätten die Schiffe des russischen Grenzschutzes all ihre Pflichten erfüllt – die Staatsgrenzen Russlands geschützt.

Die anschließende Verhängung des Kriegsrechtes von der Poroschenko-Regierung sei dabei unverhältnismäßig, schließlich habe die Ukraine noch nicht einmal nach der Angliederung der Krim an die Russische Föderation oder während des Konfliktes im Donbass das Kriegsrecht ausgerufen.

Die ukrainische Provokation in der Straße von Kertsch sei aber im Vergleich dazu nur ein kleiner Vorfall gewesen.

Insgesamt weise der Zwischenfall im Schwarzen Meer somit alle Anzeichen einer im Voraus geplanten und vorbereiteten Provokation vor.

Die Provokation ist laut Putin nur ein Vorwand gewesen, um das Kriegsrecht in der Ukraine auszurufen.

„Es gibt klare Anzeichen einer im Voraus vorbereiteten Provokation, die als Vorwand für die Einführung des Kriegsrechts im Land dienen sollte. Es hatte nichts mit Versuchen zu tun, die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine zu regulieren. Das war ein Spiel auf Eskalation“, sagte Putin wörtlich.

Dennoch, für den russischen Präsidenten seien das russische und das ukrainische Volk weiterhin „Brüdervölker“ und werden dies immer bleiben. Der „politische Schaum“ werde vergehen.

Putin zeigte sich in diesem Zusammenhang zuversichtlich, dass das ukrainische Volk eines Tages seine gegenwärtige Regierung beurteilen werden – wie dies mittlerweile auch das georgische Volk getan habe. Damit spielte der russische Präsident auf die Tatsache an, dass der ehemalige georgische Präsident Micheil Saakaschwili zwar einst Georgien in einen Konflikt mit Russland führte, nun liegt jedoch gegen ihn in Georgien selbst ein Haftbefehl vor, in dem ihm Amtsmissbrauch während seiner Zeit als Präsident vorgeworfen wird.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32311/57/323115705.jpg>

### **Wpered.su: In Sankt Petersburg fand eine Ausstellung von Kinderzeichnungen aus Donezk statt**

Am 28. November fand in Lomonossow, das zu Sankt Petersburg gehört, eine Ausstellung von Zeichnungen statt, die von Schülern des Donzeker Kinderheims Nr. 1 gemalt wurden, dies berichtet ein Korrespondent von „Wperjod“.

Diese Veranstaltung fand im Rahmen eines Arbeitstreffens von Vertreterinnen des allrussischen Frauenverbandes „Nadeshda Rossii“ mit der Vertreterin der Donezker Abteilung der gesellschaftlichen Organisation „Nadeshda Donbassa“ Nadeshda Retinskaja statt. Die Arbeiten der Kinder wurden vom Frauenaktiv hoch geschätzt. Es wurde entschieden, eine Ausstellung dieser Zeichnungen für die Einwohner der Stadt im Haus der Kultur durchzuführen.

### **de.sputniknews.com: Kampfansage an Moskau: Kiew will den USA einen Stützpunkt aufschwätzen**

Wieder heckt die Kiewer Führung eine Provokation gegen Russland aus, schreibt die Zeitung „Iswestija“. Wie ein Abgeordneter der Poroschenko-Partei bestätigt hat, führt die ukrainische Regierung derzeit geheime Gespräche mit Washington über die dauerhafte Stationierung von US-Truppen auf ukrainischem Gebiet. Noch haben die USA nicht zugesagt...

Die Machthaber in Kiew nehmen sich offenbar ein Beispiel an ihren osteuropäischen Nachbarn: „Polen führt intensive Gespräche mit den USA über den Bau eines amerikanischen Stützpunkts auf polnischem Boden wegen der Bedrohung aus Moskau. Unsere Grenze mit Russland ist aber viel länger. Deshalb sind wir der Ansicht, dass es auch bei uns einen US-Stützpunkt geben muss“, sagte laut der Zeitung ein ukrainischer Diplomat.

Die Gespräche fänden hinter verschlossenen Türen statt, hieß es. Es gehe dabei darum, Washington zu vermitteln, warum ein US-Stützpunkt in der Ukraine unbedingt notwendig sei. Angesichts der Eskalation im Schwarzen Meer und der weiteren Zuspitzung in den Beziehungen zwischen Kiew und Moskau sei die Sache besonders wichtig.

Dass die Gespräche wirklich stattfinden, bestätigt laut dem Blatt ein Abgeordneter der Poroschenko-Partei „Block Petro Poroschenko“: „Was die politische Ebene angeht, so finden die Gespräche statt. Auf der rechtlichen Ebene geht es wohl eher um die tiefere Integration der Ukraine in die Nato“, sagte der Abgeordnete Iwan Winnik.

Der US-Stützpunkt in der Ukraine sei „natürlich notwendig“, so der Parlamentarier laut dem Blatt. „Das ist doch klar. Denn anderenfalls können wir unsere dauerhafte Sicherheit wegen der russischen Politik nicht in vollem Umfang garantieren.“

Wo der US-Stützpunkt gebaut werden sollte, dazu hat der ukrainische Abgeordnete einen Vorschlag: Der Standort müsse so gewählt werden, dass die militärischen Gefahren berücksichtigt würden, die in der Ukraine entstehen könnten. Mit solcherart Gefahren sei vor allem im Osten des Landes und auf der Halbinsel Krim zu rechnen. „Der Stützpunkt muss sich in der Nähe dieser Gebiete befinden“, so Winnik laut der Zeitung.

Nachdem der Abgeordnete die Gespräche zwischen Kiew und Washington bestätigt hatte, hat der ukrainische Präsident Petro Poroschenko gesagt, die Vereinigten Staaten würden Kiew helfen, die Souveränität der Ukraine zu verteidigen. Außenminister Mike Pompeo habe ihm dies bei einem Telefonat am 27. November zugesagt – auch Militärhilfe sei im Gespräch, sagte der ukrainische Präsident laut der Zeitung in einem CNN-Interview am 28. November. Offizielle Zusagen hat Washington bisher jedoch nicht gegeben. Zu groß ist die Gefahr einer weiteren Eskalation in den Beziehungen zu Moskau.

Dass die USA es momentan nicht vorhaben, einen Stützpunkt in der Ukraine aufzubauen, habe „militärische und diplomatische Gründe“, sagt der Militärexperte und Ex-Pentagon-Berater Richard Weitz laut dem Blatt. „Ein US-Stützpunkt in der Ukraine wäre einem russischen Gegenschlag ausgeliefert. Es ist sicherer, die Truppen und die Ausrüstung an einem anderen Ort zu platzieren, wo sie geschützt sind“, so Weitz.

Normalerweise geizen die Vereinigten Staaten mit Militärhilfe an Kiew nicht. Washington lieferte beispielsweise Panzerabwehrwaffen an die ukrainische Armee und stellte im vergangenen Juli ganze 200 Millionen Dollar zu Verteidigungszwecken bereit.

Zuvor hatte Kiew erklärt, bis Ende dieses Jahres werde im ukrainischen Otschakiw am Schwarzen Meer ein Operativzentrum der Marine fertiggestellt. An den Bauarbeiten sei ein spezielles Bataillon der US-Marines beteiligt.

Einen Stützpunkt der Amerikaner in der Ukraine würden Russland und seine OVKS-Partner natürlich als Affront auffassen – aber auch aus der Sicht einiger EU-Länder wäre das eine Provokation, sagt der Experte Weitz laut der Zeitung. Daher sei eher mit weiteren Rotationen von US-Truppen bei gemeinsamen Manövern mit den Ukrainern zu rechnen.

Auch in Russland gibt es Zweifel, dass die USA sich darauf einlassen, einen Stützpunkt in der Ukraine aufzubauen, schreibt „Iswestija“. „Wer bezahlt den Stützpunkt – den Aufbau, den Betrieb? Die Amerikaner hätten nichts davon und die Ukraine könnte sich das gar nicht leisten“, sagt der Vize-Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Föderationsrat, Wladimir Dschabarow, laut der Zeitung.

Außerdem: „Es ist eine Sache, Russland und die Ukraine gegeneinander zu hetzen. Selbst in den Konflikt einzusteigen, ist eine ganz andere“, so der Politiker. Ein US-Stützpunkt „ist doch nur ein Wunschtraum, die Ukraine verfällt mal wieder in eine russlandfeindliche Zwangsneurose.“

In der Tat: „Frieden und Verständnis fördert Kiews Kriegsrhetorik nicht“, sagt der russische Abgeordnete Franz Klinzkewitsch, Mitglied im Verteidigungsausschuss des Föderationsrats. „Poroschenko und seine Kumpane versuchen, durch Provokationen und Eskalationen in den Beziehungen zu Russland ihre Macht zu erhalten. Der Zynismus der ukrainischen Politiker kennt offenbar keine Grenzen.“

Präsident Poroschenko erklärte kürzlich erneut, nur „die Integration der Ukraine in den euroatlantischen Raum“ werde dauerhaft „Frieden, Sicherheit, Unabhängigkeit und die Überwindung der Armut“ garantieren. Die Nato-Führung betont indes, es könnten nur Länder in die Allianz aufgenommen werden, auf deren Gebiet es keine Territorialkonflikte gebe.

**Abends:**

**Lug-info.com: „Mitarbeiter von militärischen Einrichtungen der Ukraine nehmen massenhaft alle Männer im Einberufungsalter (bis 50 Jahre) fest, um ihre Daten aufzunehmen“, teilt das Innenministerium der LVR mit.**

„Am 28 November haben sich Einwohner von Lugansk, die die Abgrenzungslinie in Staniza Luganskaja überquert haben, an die Hotline gewandt. Die Anrufer teilten mit, dass die Freiheit der Einwohner der LVR auf dem von den ukrainischen Streitkräften besetzten Territorium gesetzeswidrig beschränkt wird. Augenzeugen teilen mit, dass vom ukrainischen Passierpunkt „Staniza Luganskaja“ aus Personen in Uniform alle Männer im einberufungsfähigen Alter festgenommen haben, die für „Gespräche und Überprüfungen der militärischen Erfassung“ in Bauwagen gebracht wurden. Mit allen Festgenommen sprechen auch Mitarbeiter des SBU“, teilte das Innenministerium mit.

„Es werden alle festgenommen – Jugendliche, Männer, die schon über 60 sind. Wir sind mit dem Großvater nach Hause nach Lugansk gegangen, sie haben sich unsere Dokumente wie Schakale angesehen. Junge Männer werden besonders festgehalten und in Bauwagen gezogen, als hätte jemand von ihnen vor zu fliehen. Als wir noch hinten in der Schlange standen, haben die Menschen unter sich diskutiert, dass dort jemand festgenommen wird. Zuerst haben wir es nicht geglaubt, da gehen häufig verschiedene Gerüchte um, wenn dort in der Schlange Informationen eingehen, wie bei einem defekten Telefon, das ist nur zur Hälfte wahr“, sagte einer der Anrufer.

„Wir haben selbst gesehen, wie sie einen jungen Mann aus der Schlange geholt haben und mit einem Mann, vermutlich seinem Vater, wieder zurück in die Ukraine gebracht haben. Sie sagten: „Ihr habt in der Besatzung nichts zu tun, bald werden ihr mit Gewehren die Heimat (Ukraine) verteidigen“. Der junge Mann war etwa 30 und sein Vater offensichtlich schon über sechzig. Was für eine Heimat sollen sie verteidigen?“, fügte ein anderer Einwohner der Republik hinzu.